

Hüseyin Aydin, DIE LINKE.

Rede im Rosa-Luxemburg-Club Wuppertal, in Kooperation mit *attac*, 20. Juni 2008

Globalisierung, Lebensmittelpreise und Hunger

**Meine Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Alle haben es mitbekommen: Die Preise für Grundnahrungsmittel sind massiv gestiegen. Da genügt es, wenn wir in den Supermarkt gehen, und wie gewohnt Milch- oder Getreideprodukte kaufen wollen.

Mein Mitarbeiter in Berlin hat sich vor einiger Zeit bei mir empört, dass das Weizenbier in seinem Stammbrauhaus statt 2 Euro 50 nun 3 Euro 60 kostet. Das sind satte 40 Prozent mehr!

Einem Angestellten tun solche Preise weh, insbesondere wenn er Alleinverdiener in einer Familie mit Kindern ist. Ein Arbeitsloser kann sich solche Preise nicht mehr leisten.

Manche Wissenschaftler haben nun versucht, die allgemeine Empörung abzukühlen und erklärt: Der Preisanstieg sei mehr „gefühlte“ als real. Um dies zu begründen, haben sie alle möglichen Waren in einen fiktiven Warenkorb zusammengeworfen, umso die errechnete Durchschnittsinflationsrate abzusenken.

Doch das ist eine Übung auf dem Papier, die nur für Besserverdienende interessant ist. Denn Tatsache ist: Je ärmer du bist, umso mehr gibst du von deinem Einkommen für Lebensmittel aus – und umso mehr macht sich der Preisanstieg bemerkbar.

Das statistische Bundesamt hat diesen Sachverhalt nun nachgewiesen.

Hier die Zahlen:

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich im März 2008 gegenüber März 2007 im Schnitt um 8,2 %.

Besonders deutliche Preiserhöhungen wurden für Molkereiprodukte, Eier und Apfelsaft ermittelt: jeweils über 23 %!

Dagegen stagnieren die Reallöhne in Deutschland seit der Jahrtausendwende. Daran haben auch die bescheidenen Zugewinne der jüngsten Tarifrunden kaum etwas geändert. Noch schlimmer sieht es bei den Rentner und Arbeitslosen aus, die erhebliche Einbußen haben hinnehmen müssen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Nach der Einführung von Hartz-4 fielen 10,7 % der Arbeitslosen trotz anhaltender Arbeitslosigkeit aus jeder Unterstützung heraus.

Je ärmer ein Haushalt ist, desto schlimmer die Auswirkungen der Preissteigerungen. Das ist ein globales Problem. Dementsprechend gilt: je ärmer das Land, je niedriger das Durchschnittseinkommen, umso heftiger haben dort die Preissteigerungen gewirkt.

Und damit sind wir schon beim Thema Welthunger.

Viele von euch werden in den vergangenen Wochen aus dem Fernsehen und anderen Medien mitbekommen haben, dass der weltweite Preisanstieg zum Teil heftige Reaktionen ausgelöst hat.

Aus Thailand wird berichtet, dass Bauern schwerbewaffnet ihre Reisfelder bewachen. In Burkina Faso kam es im April zu einem zweitägigen Generalstreik, ebenso wie vor zwei Wochen in Marokko. In Algerien gab es einen dreitägigen Ausstand im öffentlichen Dienst. In Ägypten, Mauretanien, Mosambik, Senegal und Burkina Faso gab es Tote, nachdem die so genannten Ordnungskräfte gegen Protestierende mit der Schusswaffe vorgingen. In Kamerun wurden im März sogar rund 100 Menschen von der Polizei erschossen. In Haiti, dem Armenhaus der Karibik, wurde die Regierung gestürzt. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Überall waren die Preissteigerungen für Brot und Reis der Auslöser, hinzu kam der Preisauftrieb beim Kraftstoff. Das Unternehmerblatt Handelsblatt nannte das im April den „AUFSTAND DER ARMEN“.

So ganz nebenbei hat das Handelsblatt damit etwas anerkannt, was keineswegs selbstverständlich ist: Die Hauptursache für den weltweiten Hunger sind keine Naturkatastrophen oder Missernten, auch nicht der Klimawandel oder die Bevölkerungsexplosion. Die Hauptursache für den Welthunger ist die Weltarmut.

Der globale Preisauftrieb hat diesen Sachverhalt nur zugespitzt, und damit deutlich gemacht.

Umso bemerkenswerter ist, dass manche diesen einfachen Sachverhalt schlichtweg nicht kapieren wollen. Weltbank-Chef Zoellick zum Beispiel kündigte an, umgerechnet rund 700 Millionen Euro in Agrarprojekte stecken. Erklärtes Ziel ist es, die so genannte „grüne Revolution“ in Afrika nachzuholen. Das heißt, über Kredite und Zuschüsse bessere Anbaumethoden zu fördern, um größere Ernten zu erwirtschaften. Weitere Kernpunkte sind der Aufbau effizienter Lebensmittelmärkte in abgelegenen Regionen und die Entwicklung moderner Transportmittel.

Das deutsche Entwicklungsministerium will mehr Geld für Agrarforschung bereitstellen.

Das alles ist gut, wenn es vernünftig umgesetzt wird. Eine meiner ersten Aktionen im Bundestag war es denn auch, in den Haushaltsberatungen mehr Mittel für entwicklungsbezogene Agrarforschung zu fordern.

Doch all das berührt nicht den Kern des Problems. Fakt ist: Wer genügend Geld hat, kann sich alle Lebensmittel kaufen, die er haben will. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Haiti, Burkina Faso, Afghanistan oder im Niger.

Denn auch mit den bisher bestehenden Methoden gibt es genug Nahrung auf der Welt. Laut der UN-Ernährungsorganisation FAO reicht die vorhandene Nahrungsmittelproduktion zur Ernährung von 12 Milliarden Menschen aus, wenn man

2700 Kilokalorien pro Tag zugrunde legt. Das sind fast doppelt so viele Menschen wie derzeit auf der Welt leben.

Trotzdem sind gemäß der für 2007 verfügbaren Zahlen der FAO 856 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Danach sterben täglich rund 25.000 Menschen an Hunger oder hungerbedingten Krankheiten.

Ich betone: diese Zahlen wurden vor dem aktuellen Preisauftrieb erhoben. Das Problem hat sich nun dramatisch verschärft.

Aus diesem Grund tagte in diesem Monat die FAO. Die Ergebnisse waren enttäuschend. 3.500 Regierungsbeamte, 40 Regierungschefs, 80 Minister, Abgeordnete und Industrievertreter haben drei Tage über die Preisexplosion auf den Agrarmärkten und den Hunger in der Welt diskutiert. Ihnen fiel nichts substantiell Neues ein.

Generalsekretär Ban Ki-Moon stellte den UN-Plan vor. Er schlug vor, die Förderung von benachteiligten ländlichen Regionen ins Zentrum der globalen Entwicklungspolitik zu rücken. Das war noch das Beste, was ihm einfiel.

Ansonsten forderte er

1. die Öffnung der Märkte des Südens,
2. die Subventionierung von Importen mit Entwicklungsgeldern,
3. die Privatisierung von Getreidespeichern
4. eine neue Grüne Revolution.

Was sagt DIE LINKE dazu?

All das wird im besten Fall wenig helfen,
und im schlimmsten Fall die Probleme verschärfen.

Um das zu verstehen, müssen wir uns die tiefer liegende Ursache des Problems angucken.

Nahrungsmittel sind eine Ware wie alle anderen auch. Anbau, Vertrieb und Absatz funktioniert nach marktwirtschaftlichen Prinzipien. In Zeiten einer global aufgeheizten Konjunktur steigen die Preise für Rohstoffe – nicht nur für Erdöl. Die Ärmsten bekommen das als erstes zu spüren, da sie am wenigsten Geld in der Tasche haben.

Das heißt: Unter den Bedingungen des ungezügelten Kapitalismus ist es unmöglich, den Welthunger zu beseitigen. Der Kapitalismus muss gebändigt werden. Ban Ki-Moons Vorschläge, insbesondere hinsichtlich der Privatisierung der Nahrungsmittelrücklagen und der Marktöffnung des Südens, laufen deshalb schnurstracks in die falsche Richtung.

Es gibt ein weiteres grundlegendes Problem, das im System liegt:

die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist aufgrund der nicht ausgebildeten industriellen Entwicklung zu unproduktiv. Eben das macht die Länder ja zu „Entwicklungsländern“.

Insofern enthält der Ruf nach einer neuen grünen Revolution einen richtigen Kern. Allerdings ist damit noch nicht ausgesagt, wie die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ausgerichtet wird. Was nützen bessere Anbaumethoden, wenn dies vornehmlich Exportgüter zur Erwirtschaftung von Devisen betrifft?

Das wird den Hunger nicht beseitigen. Genausowenig wird es etwas an den anderen Fehlentwicklungen in der Weltwirtschaft korrigieren. Es ist doch verrückt, dass man in einem Kaffee exportierendem Land wie Kenia in allen Lokalen und Geschäften nur importierten Instantkaffee von Nestlé bekommt!

Ja: Eine behutsame und nachhaltige Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft sollte einen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit bilden. Sie sollte dabei auf die Stärkung der auf den Heimatmarkt orientierten bäuerlichen Strukturen ansetzen, auf die Förderung von Wissen über effektivere Anbaumethoden

in den Dörfern, auf die Unterstützung von Kooperativen in Landwirtschaft und Fischerei und so weiter.

Dazu gibt es allerdings zwei Punkte anzumerken.

Erstens folgen den Worten häufig keine Taten. Die G8-Staaten haben Afrika 22 Milliarden Dollar an Hilfe versprochen. Angekommen ist nur ein gutes Achtel dessen. Auch Deutschland liegt weit hinter seinen Zusagen zurück.

Zweitens werden selbst die gelungensten Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit nur greifen, wenn endlich die Überschwemmung der Märkte mit Billigprodukten aus den Industriestaaten aufhört!

Genau dieser Prozess ist es aber, der von der Bundesregierung und EU ungeachtet aller Krokodilstränen vorangetrieben wird –

Sei es im Rahmen der WTO-Verhandlungen, sei es durch die Erzwingung so genannter Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, wie vor einigen Monaten mit fast allen Staaten Afrikas, der Karibik und im Pazifik.

Der Mechanismus ist einfach. Die EU und die anderen großen Wirtschaftsblöcke setzen zum einen die pauschale Absenkung aller Zölle durch. Zusätzlich werden die Exporte von Nahrungsmittelgiganten subventioniert. Diese Beihilfen und das Produktivitätsgefälle sorgen dann unweigerlich dafür, dass ungeachtet der Entfernungen die Bauern in den Drittweltstaaten nicht mehr mithalten können.

Ein Beispiel. Es kam heraus, dass der Milchmulti Campina allein in Deutschland 12,7 Millionen Euro an Agrarbeihilfen in den letzten fünf Jahren einstrich. Hinzu kommt eine unbekannte Summe von anderen EU-Staaten. Ebenso profitiert Nestlé und andere Milchpulverhersteller. Zugleich wurden seit den 80er Jahren in Westafrika unter dem Druck von WTO, IWF und Weltbank die Zölle auf Milchprodukte fast völlig aufgehoben.

Folge: Nach einer Studie von Misereor aus dem Jahr 2005 kostete in Burkina Faso ein Liter Milch auf Basis europäischen Milchpulvers 30 Cent, die Frischmilch der

heimischen Viehhirten 45 Cent. Das hat die Grundlage der heimischen Landwirtschaft untergraben und macht das Land bei globalen Preissteigerungen nun extrem anfällig.

Ein anderes Beispiel: Haiti hat zwischen 1992 und 2003 den Import von Reis um mehr als 150 Prozent gesteigert. 95 Prozent der Importe kommen aus den USA. Seit Mitte der 80er Jahre ist dadurch die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf in Haiti um über ein Drittel geschrumpft.

Globale Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel sind ein lebensbedrohliches Problem für Milliarden geworden, seitdem viele Länder ihre Ernährungssouveränität verloren haben. Was heißt das? Staaten wie Haiti und Burkina Faso, aber auch reichere Länder wie Ägypten oder Mexiko sind existenziell von Nahrungsmittelimporten abhängig, da die heimische Landwirtschaft nicht mehr ausreichend für die eigene Bevölkerung herstellt.

Es sind genau diese Länder, in denen es zu den schwersten Revolten kam.

Leider müssen wir beobachten, dass die Elite in diesen Ländern sich meist ganz gut mit den globalen Konzernen arrangiert hat – auch auf Kosten der eigenen Bevölkerung. Doch wenn sich dann ein Drittwelt-Land endlich mal wehrt, dann bekommt es erheblichen Druck. So versuchte Ghana vor kurzem die Importzölle auf Reis zu erhöhen, um die eigenen hungernden Reisbauern im Norden des Landes zu schützen. Das Gesetz bestand zwei Wochen, da drohte die EU dem Land mit dem Entzug der finanziellen Unterstützung. Die Regierung kassierte daraufhin die vom Parlament beschlossene Anhebung der Schutzzölle.

Wir müssen uns fragen: Wer hat an diesen Vorgängen ein Interesse?

Der Weltagrarmarkt wird von einer handvoll Konzerne dominiert. Zwei Agrarriesen, Cargill und die Louis Dreyfus Group, kontrollieren 60 Prozent des Getreidehandels. Laut UN werden 80 Prozent des weltweiten Exports von Mais von nur drei Großunternehmen abgewickelt. Lebensmittelgiganten wie Nestlé und Campina oder

Agrochemie- und Saatgutmultis wie Monsanto sind weitere treibende Kräfte des globalen Geschäftes mit der Ernährung.

Es sind diese Konzerne, die von einem Freihandel ohne Regeln profitieren. Es sind ihre Interessen, die im Rahmen der Welthandelsgespräche durchgesetzt werden sollen.

Ich möchte nun nicht missverstanden werden: eine hektische Hinwendung zu protektionistischen Maßnahmen wird in der akuten Krise kaum Abhilfe schaffen. Sie führt lediglich dazu, dass kurzfristig die einheimischen Bestände geschützt werden, während auf den internationalen Märkten die Verknappung noch verschärft wird. Das ermutigt Händler, die verfügbaren Grundnahrungsmittel zu jedem Preis aufzukaufen und zu horten, da sie auf weitere Preissteigerungen spekulieren.

Genau das passiert derzeit auf dem internationalen Reismarkt. Obgleich nur 6 bis 7 Prozent des Reises international gehandelt wird, treibt das Wechselspiel aus Spekulation und Protektionismus den Weltmarktpreis hoch. Die Reislagerbestände befinden sich auf ihrem tiefsten Stand seit den 70er Jahren, Anfang April 2008 stieg der Preis auf ein Rekordhoch.

Die Spekulation ist nicht Ursache des Hungers, aber sie wirkt eindeutig krisenverschärfend. Die Tendenz zur Deregulierung hat den globalen Nahrungsmittelsektor erfasst. Das US-amerikanische „Institut für Landwirtschaft und Handelspolitik“ IATP stellte in einem im April erschienenen Bericht fest, ich zitiere: „Der Einfluss von Finanzinvestoren, einschließlich Spekulanten, auf die Rohstoff- und Konsumgütermärkte ist seit dem Jahr 2000 erheblich gewachsen“.

Finanz- und Börsenkrisen haben diesen Prozess beschleunigt: „Nachdem andere Anlagen an Attraktivität verloren haben, besonders nach dem Platzen der Internet-Spekulationsblase im Jahr 2000, wurde ein wachsender Teil dieser Gelder in Agrarmärkte investiert“, heißt es im IATP-Bericht.

Laut der UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD hat allein das Volumen der Warentermingeschäfte und Warenterminoptionen seit 2006 um 28,4

Prozent zugenommen. Der Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes hat die Flucht in die Agrarmärkte weiter angeheizt – all das wirkt preistreibend und verschärft damit die Hungerproblematik.

Ein Ergebnis des Hungers ist die Flucht. Afrikaner fliehen zu Tausenden vor dem Elend. Ihr erstes Ziel sind die Städte im eigenen Kontinent. Die Zerstörung der heimischen Landwirtschaftsmärkte hat in vielen Regionen den Prozess der Landflucht dramatisch verstärkt. Seit dem letzten Jahr leben zum ersten Mal in der Geschichte mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Die Landjugend siedelt sich in den Slums der Städte an, wo sie keine Arbeit findet und in Armut versinkt.

Das Leben dort ist so unerträglich, dass sie lieber auf hoher See ihr Leben riskieren, um nach Europa zu gelangen.

Gerade in dieser Woche mussten wir wieder in der Zeitung lesen, dass vor der libyschen Küste 150 Menschen kenterten und starben. Eines der Boote stieß gegen einen der riesigen Thunfischkäfige im Mittelmeer und brach auseinander. Die kleinen Kinder in den Booten konnten nicht schwimmen und ertranken als erstes.

Das ist unerträglich. Doch die EU reagiert unmenschlich. Ihre ganze Politik besteht darin, die Flucht noch unerträglicher zu machen, um die Afrikaner abzuschrecken. Sie hat gerade eine Abschieberichtlinie erlassen, nach der die Flüchtlinge überall in Europa bis zu 18 Monaten in Lagern festgehalten werden dürfen. Als wären sie Schwerverbrecher. Doch ihr einziges „Verbrechen“ ist ihre Armut.

Was die verantwortlichen EU-Politiker nicht sehen wollen: Immigration hat durchaus positive Effekte. Laut OECD-Statistik überwiesen die Immigranten aus Entwicklungsländern, die in Industriestaaten arbeiten, im Jahr 2006 167 Milliarden US-Dollar in ihre Herkunftsländer. Das ist deutlich mehr als die weltweite Entwicklungshilfe! Die belief sich im gleichen Jahr auf 106 Milliarden, also auf knapp zwei Drittel der Direktüberweisungen.

Mit anderen Worten: Jeder bei uns arbeitende Afrikaner, der seiner Familie Geld schickt, leistet einen direkten und wirksamen Beitrag gegen den Hunger in seinem

Land. Das sollten wir nicht vergessen, wenn wir über die Bekämpfung des Welthungers reden: eine gut geregelte Immigrationspolitik ist nicht nur humaner. Sie ist auch eine Form funktionierender Entwicklungspolitik, denn sie bringt Geld am Boden der Gesellschaften in Umlauf.

Komme ich zum letzten Punkt, der Frage nach dem Biosprit. Im Frühjahr hat dieses Thema alle Diskussionen um den Welthunger dominiert.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehenden Anbauflächen in Deutschland geschrumpft sind. Dies hängt unter anderem mit den Stilllegeprämien zusammen, die ihrerseits eine Reaktion auf die vorangegangene Periode der Überschussproduktion waren.

Wenn nun in manchen Ländern wie Deutschland manche Getreidesorten wie Weizen oder Mais zur Produktion von Treibstoff verwandt werden, dann verknappt dies natürlich weiter zum Essen verfügbare Getreidemasse. Immerhin ein Drittel der gesamten US-Maisernte wird auf diese Weise zweckentfremdet. Die verfügbare Weizenmasse in der EU ist davon ebenfalls messbar betroffen.

Grundsätzlich lässt sich feststellen: Auch hier wirken nicht mehr als Marktgesetze. Der massive Preisanstieg beim Erdöl macht es ökonomisch interessant, Sprit aus anderen Quellen zu gewinnen. Es ist völlig klar, dass die Politik hier endlich regulierend eingreifen muss. Ich sage: Es darf einfach nicht profitabel sein, in Zeiten des Hungers Weizen für die Verbrennung in Motoren zu verkaufen!

Völlig inakzeptabel ist im Übrigen die Rodung von Tropenwald für die Herstellung von Agrartreibstoffen, vor allem in Brasilien und Indonesien. Allerdings ist das vor allem ein Umweltproblem: der zerstörte Urwald sollte genauso wenig für die Nahrungsmittelproduktion dienen, sondern in seiner natürlichen Beschaffenheit erhalten bleiben.

Welche Forderungen stellt die LINKE auf?

- Zur Bekämpfung akuter Hungerkrisen haben wir uns im Bundestag für eine Neuauflage der Nahrungshilfekonvention eingesetzt, die die Empfängerländer einbezieht – das heißt, mit dem gespendeten Geld Aufkäufe im betroffenen Land organisiert statt mit Gratisimporten deren Märkte zu überschwemmen. Damit nicht über die Lieferung von Nothilfe das Preisgefüge derart gedrückt wird, dass am Ende die heimischen Bauern ruiniert werden!
- Grundsätzlich ist es notwendig, wichtige Bereiche des globalen Grundnahrungsmittelmarktes zu regulieren, übernational unter dem Dach der FAO. Eine Mindestmenge von Grundnahrungsmitteln muss dem Kreislauf der globalen Preisspekulation entzogen werden, Finanzmarkttransaktionen müssen besteuert werden. All das erfordert scharfe staatliche Kontrollen.
- In den Entwicklungs- und Schwellenländern muss eine Grundversorgung staatlich sichergestellt werden. Es kann nicht angehen, dass im Rahmen der WTO Druck auf Ägypten und andere Staaten gemacht wird, die Subventionierung von Brot zu beenden. Zölle, die die einheimische Produktion von Grundnahrungsmitteln sichern, müssen prinzipiell von allen Liberalisierungsverhandlungen ausgenommen werden.
- Wir fordern die Streichung aller Subventionen an Nahrungsmittelkonzerne wie Campina, Nestlé und so weiter.
- Wir fordern die Streichung illegitimer Schulden von Entwicklungsländern; dabei handelt es sich um Schulden, die zu entwicklungsfeindlichen Konditionen vergeben wurden, etwa gekoppelt an die Einführung von Schulgebühren. Oder die endlos Kredite abtragen, die ihrerseits wiederum nur zur Schuldentilgung aufgenommen wurden. Es auch nicht einzusehen, dass nach dem Sturz von Diktaturen die Nachfolgesellschaften weiter an den Schuldlasten zu tragen haben, die aus vergangenen Rüstungsgeschäften hervorgegangen sind.

- Die Hilfe beim Aufbau einer produktiveren und ökologischen Agrarproduktion in Entwicklungs- und Schwellenländern muss ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit gestellt werden. Arme und Kleinbauern müssen Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. Der Entwicklung des ländlichen Raumes kommt sowohl bei der Wiederherstellung von Ernährungssouveränität in zahlreichen Drittweltstaaten eine große Bedeutung zu. Dies würde auch das Anwachsen der städtischen Elendssiedlungen bremsen.
- In Deutschland gilt es, durch den Aufbau eines bezahlbaren, flächendeckenden öffentlichen Verkehrs langfristig den anbaufindlichen Klimawandel zu stoppen – statt weiterhin blindlings die Förderung umweltschädlicher Biospritproduktion fortzusetzen; Wichtig ist der zügige und weitgehende Umstieg auf erneuerbare Energien.

Letztendlich aber haben wir eine sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragestellung vor uns: Wenn alle Menschen in Beschäftigung stehen, und ein gesetzlicher Mindestlohn Elendseinkommen vermeidet, dann ist der Hunger zu besiegen.

Dies gilt eben nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle anderen Länder. Deshalb sollten wir in diesen Ländern diejenigen Kräfte unterstützen, die die gleichen Ziele wie wir in Deutschland verfolgen.

Insofern kann jeder von uns was tun: helft mit, eine soziale Republik in Deutschland zu erstreiten, dass macht auch anderen Mut. So wie wir Inspiration aus den Kämpfen unserer Nachbarn beziehen.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.